

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 3 (1981)
Heft: 1

Artikel: Kaiseraugst : Bedarfsnachweis gescheitert
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585951>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



SES Notizen

1/81

KAISERAUGST

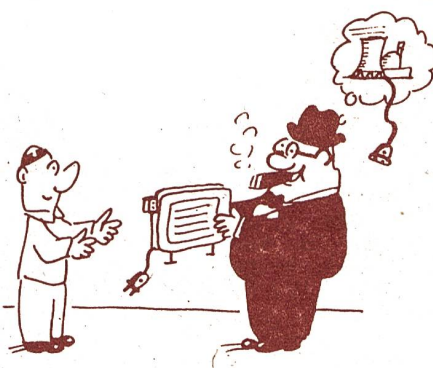
Bedarfsnachweis gescheitert

Am 23. Februar hat die Eidgenössische Energiekommission EEK ihren "Bericht über den Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke" vorgestellt. Relativ kurz und oberflächlich wurde in den Medien darüber berichtet. Dabei stellt dieser Bericht einen ganz entscheidenden Wendepunkt in der schweizerischen Energiepolitik dar. Die Energiekommission hat so grundlegend mit der bisherigen offiziellen Energiepolitik gebrochen, dass sie sich scheute, das Ergebnis ihrer Beratungen klar und deutlich auszusprechen.

Nur acht von einundzwanzig Mitgliedern - die gut koordinierte Lobby der traditionellen Energiewirtschaft - traten für ein weiteres Atomkraftwerk ein. Sieben Mitglieder hingegen erwarten für 1990 auch ohne zusätzliche Atomkraftwerke einen Stromüberschuss. Sechs Mitglieder rechnen mit fehlenden installierten Leistungen zwischen 170 und 680 Megawatt, die durch ein kleineres Kohle-/Gas-Kraftwerk oder auch durch ein zum grössten Teil auf Vorrat gebautes Atomkraftwerk gedeckt werden könnten. Nur eine Minderheit der Kommission sieht demnach einen Bedarf für ein weiteres AKW nach Leibstadt.

Vorsichtig verzichtete die Kommission aber auf eine Abstimmung. Diese Gelegenheit nutzte die Atomlobby, um in der Öffentlichkeit Verwirrung zu stiften. An der Pressekonferenz im Bundeshaus verteilte der Verband

Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE gar eine Stellungnahme, in der behauptet wurde: "Es darf dem Bericht somit entnommen werden, dass eine deutliche Kommissionmehrheit im heutigen Zeitpunkt den Bedarfsnachweis für mindestens ein Kernkraftwerk gemäss Atomgesetz für erwiesen hält." Um eine authentische Auslegung gebeten, erklärte Kommissionspräsident Caccia: "Die In-



terpretation des VSE entspricht in keiner Weise dem Ablauf der Arbeiten in der Kommission." Den Umweltorganisationen, die erklärt hatten, der Bedarfsnachweis sei nicht erbracht, weil sich nur eine Minderheit für die Notwendigkeit eines weiteren Atomkraftwerks ausgesprochen hatte, widersprach Caccia nicht. Hochrot versuchte sich VSE-Präsident von Schulthess zu verteidigen, und fand auch keine rechte Antwort auf die Frage, warum gerade die

Elektrolobby beantragt hatte, nicht über den Bedarf für ein weiteres AKW abzustimmen.

Anders als die GEK, die nach vierjähriger Arbeit einen vielbeachteten Monsterbericht mit undurchsichtigen Varianten abliefern konnte, hat die Energiekommission in ihrer hundertachtzigseitigen Studie methodisch saubere Arbeit geleistet. Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten wurde zunächst einmal ermittelt, was alles den Elektrizitätsbedarf beeinflusst. Sodann stellte die Kommission jeweils einen ganzen Fächer von Annahmen für Wirtschaftswachstum, Preisentwicklung der Energieträger, Sparmassnahmen und Erdölsubstitution auf. Auf der anderen Seite entwickelte sie verschiedene Varianten für die Elektrizitätserzeugung, die sich durch den Beitrag dezentraler Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen und den Grad der Versorgungssicherheit unterscheiden. Je nach Standpunkt der Kommissionsmitglieder ergaben sich dann aus dem Vergleich der gewählten Erzeugungs- und Bedarfsvarianten verschiedene "Versorgungslücken" oder Stromüberschüsse. Auch wenn wir von der SES es vielfach für nötig halten von Annahmen auszugehen, die ausserhalb des von der Kommission betrachteten Spektrums liegen, liefert das übersichtliche System der Energiekommission ein wertvolles Instrument für Beurteilung und Vergleich verschiedener "Prognosen".

Völlig ungenügend ist jedoch die Abschätzung der Auswirkungen der verschiedenen möglichen energiepolitischen Strategien. Nicht einmal die volkswirtschaftlichen Kosten der verschiedenen "Energiepfade" wurden abgeschätzt, geschweige denn die Umweltschädigungen und politischen Konsequenzen. Damit ist es der Kommission gelungen, sich um eine klare Aussage zu drücken.

Entscheidender Wendepunkt

Dass Kaiseraugst oder Graben völlig überflüssig sind, hat der Kommissionsbericht jedoch mehr als deutlich bewiesen. Ausgangspunkt für die Untersuchungen war der 10-Werke-Bericht, in dem die Elektrizitätswirtschaft den Bedarf für weitere AKWs "bewiesen" hatte. Die Umweltorganisationen hatten diesen "Bedarfsnachweis" schon im November 1979 zerpfückt. Die Arbeiten der EEK haben diese Kritik nun in den wesentlichen Punkten bestätigt.

In Wirklichkeit sind die Handlungsspielräume in der Elektrizitätsversorgung ganz beträchtlich. "Je nachdem, welche Annahmen getroffen werden und welche Energiepolitik zur Anwendung kommt, wird der Bedarf für ein zusätzliches Kraftwerk für einen bestimmten Zeitpunkt nachgewiesen werden können oder nicht", heisst es im Bericht der Energiekommission.

Dreifach unnötig

Die entscheidenden Punkte sind: Wirtschaftswachstum, Elektrowärme und Wärme-Kraft-Koppelung. In jedem dieser Bereiche muss die Elektrizitätswirtschaft unrealistische Annahmen und unwirtschaftliche Vorschläge machen, um den Bedarf für weitere Grosskraftwerke "nachzuweisen". Allein schon realistischere Annahmen über das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Energiepreise zeigen, dass weitere Atomkraftwerke unnötig sind. Auch ein Aufgeben der volkswirtschaftlich unsinnigen Pläne für den massiven Ausbau der verschwenderischen Elektroheizung würden sie überflüssig machen. Und allein mit den Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen, die heute bei einer gerechten Tarifpolitik in der Schweiz schon wirtschaftlich wären, liessen sich im Winter fünf Atomkraftwerke von der Grösse Gösgens ersetzen.

Das alles lässt sich bei näherem Hinsehen aus dem Bericht der Eidgenössischen Energiekommission entnehmen, hat jedoch die Elektrovertreter nicht daran gehindert, an ihren unrealistischen

und schädlichen Annahmen stur festzuhalten. Immerhin liess sich der grössere Teil der Kommissionsmitglieder im Laufe der Arbeit mehr oder weniger davon überzeugen. Die Mehrheit konnte keinen Bedarf für ein weiteres Atomkraftwerk sehen. Damit ist der Bedarfsnachweis gescheitert.

Kaiseraugst illegal

Im neuen Atomgesetz von 1978 heisst es: "Die Rahmenbewilligung ist zu verweigern oder von der Erfüllung geeigneter Bedingungen oder Auflagen abhängig zu machen, wenn ... an der Anlage oder an der Energie, die in der Anlage erzeugt werden soll, im Inland voraussichtlich kein hinreichender Bedarf bestehen wird; bei der Ermittlung des Bedarfs ist möglichen Energiesparmassnahmen, dem Ersatz von Erdöl und der Entwicklung anderer Energieformen Rechnung zu tragen." Ohne Bedarfsnachweis kein AKW. Mit dieser Klausel hatte man vor zwei Jahren den Atomgegnern das revidierte Atomgesetz schmackhaft machen wollen. Weitere Atomkraftwerke sollten nur dann erlaubt werden, wenn es keine anderen Möglichkeiten gebe, den steigenden Strombedarf zu decken, wurde damals landauf, landab vor der Abstimmung versprochen. Nun hat die Eidgenössische Energiekommission dargelegt, dass es eine ganze Reihe anderer gangbarer Möglichkeiten gibt, und in ihrer Mehrheit befunden, Atomkraftwerke seien zur Bedarfsdeckung nicht notwendig. Eine Bewilligung von Kaiseraugst würde also klar gegen das Atomgesetz verstossen.

Keine Illusionen!

Doch darf man sich keine Illusionen machen. Argumente zählen in der Energiepolitik weniger als Sturheit und festgefahrene Denkwünge. Weitherum wird angenommen, dass die Bundesräte weder den Mut noch den Willen haben, es mit mächtigen Wirtschaftsinteressen zu verderben. Um die Verantwortung für den folgen-

schweren Entscheid abzuschieben - so vermutet man - werden sie dem Kaiseraugst-Projekt zustimmen. Auf diese Weise hat das Parlament noch darüber zu befinden, bei einem Nein des Bundesrates wäre die Sache erledigt. Wie dann National- und Ständerat entscheiden werden, ist schwer abzusehen. Während die Mehrheit der Schweizer der Atomenergie ablehnend gegenüberstehen, muss man den Grossteil unserer Volksvertreter leider zu den Atombefürwortern zählen. Der Bericht der Energiekommission wird ihnen aber hoffentlich zu denken geben, falls sie ihn ernsthaft studieren und nicht nur auf die vielfältige und mächtige Meinungsmache der interessierten Wirtschaftskreise hören. Mehr Eindruck wird ihnen aber wohl der heftige Widerstand in der Region Basel machen. Eine Geländebesetzung ist so gut wie sicher. Nicht nur Bürgerinitiativen, sondern auch einige Nationalräte befürchten "bürgerkriegsähnliche Zustände".

Ausweichen auf Graben?

Lange schon hoffen deshalb die Atomfreunde, sie könnten von Kaiseraugst auf Graben ausweichen. Das wird jedoch immer schwieriger, ein fadenscheiniger Vorwand ist nur noch schwer zu finden. Die Energiekommission hat den Bedarf unabhängig vom Standort untersucht, und in Graben ist der Schweizer Anteil an der Stromproduktion noch höher als in Kaiseraugst, wo noch ausländische Partner beteiligt sind. Nur die Climod-Studie könnte vielleicht noch eine verdrehte, faule Ausrede liefern. Ganz offen müssten die Atomstrategen zugeben, dass sie dort zu bauen versuchen, wo der Widerstand geringer ist. Das aber könnte im Oberrhein auch bisherige Befürworter auf die Barrikaden bringen.

Die Atomlobby drängt, es müsse endlich entschieden werden. In Bern aber würde man das heisse Eisen vielleicht lieber noch einmal auf die lange Bank schieben. Uns soll das recht sein, denn wie absurd das Atomprogramm ist, zeigt sich je länger wie deutlicher.

rs.

